



HAVELBLICK

WISSENSWERTES AUS KREIS, LAND UND BUND

EDITORIAL



Foto: Katharina Wolff

Liebe Leserinnen
und Leser,

in Ihren Händen halten Sie die erste Ausgabe vom „HAVELBLICK“. Mit dieser Zeitung möchten wir zukünftig regelmäßig über Themen informieren, die unseren Landkreis und unser Land bewegen. Neben aktuellen Entwicklungen und wesentlichen Entscheidungen auf kommunaler bis zur europäischen Ebene und einer politisch-inhaltlichen Einordnung, stellen wir Ihnen Einrichtungen und Menschen aus Oberhavel vor. Servicetipps, Unterhaltsames und Termine runden den „HAVELBLICK“ ab.

Unser Anliegen ist es, über aktuelle Entwicklungen zu informieren, Hintergründe zu erklären und Projekte vorzustellen. Wir zeigen, woran vor Ort gearbeitet wird, welche Herausforderungen es gibt und welche Ideen für die Zukunft unseres Landkreises und unseres Landes diskutiert werden.

So geht es in unserer ersten Ausgabe unter anderem um die neue Landesregierung in Brandenburg und die Finanzen des Landkreises. Wir stellen Ihnen die KulturFUGE vor und interviewen den Bildungsdezernenten Oberhavels, Holger Mittelstädt.

Sie haben Anregungen, Ideen und Fragen zur ersten Ausgabe vom „HAVELBLICK“? Schreiben Sie uns an havelblick@spd-ohv.de! Eine lebendige Zeitung entsteht – wie übrigens auch unsere Demokratie – im Dialog und Austausch.

Dr. Benjamin Grimm
Vorsitzender SPD Oberhavel



Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke mit seinem neuen Kabinett

Foto: Staatskanzlei Brandenburg

IN DIESER AUSGABE

OBERHAVEL

Kommunalfinanzen

SEITE 2

OBERHAVEL

Frauen und Finanzen,
Katastrophenschutz

SEITE 3

POLITIK

Aktuelles aus Land & Bund

SEITEN 4 und 5

PORTRÄT

KulturFUGE Oranienburg

SEITE 6

RATGEBER

KI erkennen, Enkeltrick

SEITE 7

TERMINE & RÄTSEL

Das HavelBlick Gewinnspiel

SEITE 8

NEUSTART FÜR BRANDENBURG

Die SPD schmiedet auf Landesebene eine neue Koalition mit der CDU

Nach dem Zerbrechen der Koalition mit dem BSW hat die SPD gemeinsam mit der CDU zügig eine neue Mehrheit gebildet. Wie es zum Bruch kam, wie der politische Neustart gelang und was er für Brandenburg bedeutet.

Brandenburg erlebte innerhalb weniger Monate eine politische Zäsur. Was im Sommer 2025 zunächst als schwelender Konflikt innerhalb der Fraktion Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) im Landtag begann, entwickelte sich Schritt für Schritt zu einer offenen Krise der bisherigen Regierungskoalition. Die Fraktion spaltete sich zunehmend in zwei Lager: auf der einen Seite jene Abgeordneten, die den Kurs der Landesregierung und damit auch den ihres eigenen Ministers Robert Crumbach unterstützten, auf der anderen Seite ein Teil, der immer stärker

auf Oppositionspolitik setzte, gegen die Landesregierung stimmte und sich sichtbar vom Koalitionsvertrag entfernte.

Spätestens im November wurde die Zerrüttung auch nach außen deutlich: Vier Abgeordnete traten aus dem BSW Brandenburg aus, blieben jedoch Teil der Fraktion. Damit wurde öffentlich sichtbar, wie tief die Brüche innerhalb des Bündnisses bereits reichten. In den folgenden Wochen verschärfte sich die Lage weiter. Aus Teilen der BSW-Fraktion kam sogar die Forderung, zwei eigene Kollegen sollten die Fraktion verlassen. Für die Koalition hätte das den Verlust der parlamentarischen Mehrheit bedeutet.

Vor diesem Hintergrund verlangte die SPD zu Jahresbeginn ein klares Bekenntnis der BSW-Fraktion zum Koalitionsvertrag. Weil dieses ausblieb,

erklärte Ministerpräsident Dietmar Woidke am 6. Januar die Koalition für beendet. Verlässliches Regieren war unter diesen Umständen nicht mehr möglich.

Durch den Beitritt von Robert Crumbach und Jouleen Gruhn zur SPD-Fraktion änderten sich anschließend die Mehrheitsverhältnisse im Landtag. So wurde der Weg frei für eine neue Koalition mit der CDU. Die Gespräche begannen Mitte Januar, Ende Februar stand der Koalitionsvertrag. Am 4. März stellten ihn Dietmar Woidke und Jan Redmann im Landtag vor.

Am 14. März stimmte der SPD-Landesparteitag dem Vertrag mit 96 Prozent zu, die CDU billigte ihn nach einer Mitgliederbefragung mit 83 Prozent.

Am 16. März wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet, zwei Tage später

stellte Dietmar Woidke das neue Kabinett vor. Einige Ministerinnen und Minister blieben im Amt, andere Ressorts wurden neu besetzt. Damit war auch personell der Weg für den Neustart der Landesregierung frei. Zugleich wurde deutlich, dass die neue Koalition schnell Verantwortung übernehmen und politische Stabilität sichern will. Der bisherige Bildungsminister Steffen Freiberg schied aus der Landesregierung aus und wurde von der SPD mit großem Dank verabschiedet. Mit seiner ersten Regierungserklärung am 19. März setzte Woidke den politischen Schlusspunkt unter die Regierungsumbildung und den Start der neuen Koalition.

Weitere Informationen zum neuen Kabinett lesen Sie auf Seite 5

PRAGMATISCH FÜR BRANDENBURG

SPD/BSW-Landesregierung: Bilanz einer ungewöhnlichen Koalition

Die Koalition aus SPD und Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) in Brandenburg war ein politisches Novum – und zugleich ein Versuch, in einem schwierigen parlamentarischen Umfeld stabile Mehrheiten nicht-extremistischer Parteien zu organisieren. Aus sozialdemokratischer Perspektive lässt sich nach dieser gemeinsamen Regierungszeit eine gemischte Zwischenbilanz ziehen.

Der SPD/BSW-Regierung gelang in zentralen Politikfeldern eine gute, sachorientierte und pragmatische Zusammenarbeit. Die erste große Hürde nahm die Koalition mit dem

Doppelhaushalt 2025/26. Dieser gewährleistete – trotz enger finanzieller Spielräume – Planungssicherheit für Kommunen, Wirtschaft und soziale Infrastruktur.

Auch wenn insbesondere eine Streichung geplanter neuer Lehrerstellen und eine weitere Lehrstunde für massive Kritik sorgten, so konnten in anderen Themenbereichen wichtige Schritte getan werden: Beim Finanzlastenausgleich wurde ein Kompromiss mit den Kommunen gefunden. Das Vergabeverfahren wurde vereinfacht und Genehmigungsprozesse (Best-Bieter-Prinzip, Wertgrenzen) beschleunigt. Die Einbindung

der Landwirtschaft in politische Entscheidungsprozesse wurde gestärkt, Smart Stores ergänzen zukünftig die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Die Digitalisierung wurde zentral aufgestellt, so dass nun ein Ministerium die Umsetzung federführend koordiniert. Um Familien weiterhin zu entlasten, bleiben Kitas für Kinder ab 3 Jahren beitragsfrei.

Die Zusammenarbeit in der Regierung war dabei zum großen Teil von einem respektvollen und vertrauensvollen Umgang zwischen den beteiligten Ministerinnen und Ministern geprägt. Parteipolitische Zugehörigkeit stand im Alltag der Regierungsarbeit hinter der

gemeinsamen Verantwortung für das Land zurück.

Infolge der Neuwahl des BSW-Landesvorstands im Juli 2025 kam es jedoch zu einem Macht- und Richtungsstreit innerhalb des BSW. Viele Mitglieder wünschten sich eine klarere Profilierung innerhalb der Landesregierung. Eine Mehrheit der 14-köpfigen BSW-Fraktion im Landtag griff dies auf und forderte von der Landesregierung Nachbesserungen bei der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Zu diesem Zeitpunkt hatte eine Mehrheit der Bundesländer den Medienstaatsvertrag bereits ratifiziert.

Am Ende sicherten Stimmen aus

der oppositionellen CDU-Fraktion die Verabschiedung der Reform. Aus der BSW-Fraktion traten fünf Mitglieder aus.

So scheiterte die Koalition weniger an der täglichen Regierungsarbeit als an politischen Richtungsfragen und innerparteilichen Entwicklungen beim Partner. Für die SPD bleibt dennoch festzuhalten: Die Zusammenarbeit mit dem BSW war über lange Zeit konstruktiv und vertrauensvoll. Zugleich zeigt diese Erfahrung, wie wichtig stabile Strukturen, klare Verantwortlichkeiten und verlässliche Mehrheiten für dauerhaft erfolgreiche Regierungs- und Sacharbeit sind.

KURZMELDUNGEN

GRUNDSTEINLEGUNG
IN VELTEN

Der Landkreis Oberhavel investiert rund 58 Millionen Euro in den Bau eines modernen Schulcampus an der Rosa-Luxemburg-Straße in Velten. Am 4. Mai legten Landrat Alexander Tönnies, Bildungsdezernent Holger Mittelstädt und Bürgermeisterin Manuela Nebel gemeinsam den Grundstein. Zum Schuljahr 2027/2028 sollen dort 720 Schülerinnen und Schüler lernen können.

Geplant sind ein modernes Schulgebäude mit offenen Lernbereichen, Fach- und Gruppenräumen, Aula, Atrium sowie eine Drei-Feld-Sporthalle. Ergänzt wird der Campus durch eine innovative Freizeitsportanlage auf dem Dach des Parkhauses. Insgesamt entstehen 30 Klassenräume und 17 Fachräume. Die Gebäude erhalten eine Holzfassade, Dachbegrünung und eine Photovoltaikanlage.

Landrat Tönnies sprach von einer wichtigen Investition in die Bildungszukunft des Landkreises. Bürgermeisterin Nebel betonte, dass Velten mit der neuen Gesamtschule künftig alle weiterführenden Schulformen anbieten könne. Realisiert wird das Projekt von der Goldbeck GmbH als Generalunternehmerin, die die Schule nach der Bauzeit schlüsselfertig und voll ausgestattet übergeben wird.



Foto: Landkreis Oberhavel

BUND FÖRdert
SPORTPLÄTZE

Zwei Projekte aus dem Landkreis werden über das Bundesprogramm zur Sanierung kommunaler Sportstätten gefördert. In Löwenberg wird die Rundlaufbahn am Schulzentrum Libertasschule für 262.575 Euro saniert. Im Mühlenbecker Land entsteht in Zühlsdorf für 774.000 Euro ein Ersatzneubau für ein Sportfunktionsgebäude. Beide Maßnahmen verbessern die Bedingungen für Sport und Bewegung vor Ort.

SCHÜLERBEFÖRDERUNG OBERHAVEL
SPD-Kreistagsfraktion sichert Ticket für Schülerinnen und Schüler

Die SPD-Kreistagsfraktion setzt sich dafür ein, die Mobilität von Schülerinnen und Schülern im Landkreis Oberhavel verlässlich abzusichern. Ziel ist es, allen betroffenen Schülerinnen und Schülern ein individuell passendes und sozial ausgewogenes Ticketangebot zur Verfügung zu stellen.

Die Auswahl des jeweiligen Tickets erfolgt durch die Eltern, da sie den entsprechenden Eigenanteil tragen. Für Familien mit geringerem Einkommen besteht die Möglichkeit, Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in Anspruch zu nehmen, um die unterstützten Ticketformen ebenfalls nutzen zu können.

Rechtliche Grundlage ist die Verpflichtung des Landkreises Oberhavel, den Schülerverkehr zu organisieren. Diese umfasst grundsätzlich die Beförderung der Schülerinnen und Schüler zur Schule und zurück an den Wohnort. Eine solche Regelung würde die Nutzung des Tickets auf den Schulweg beschränken.

Die SPD-Kreistagsfraktion spricht sich darüber hinaus für eine weitergehende Mobilität von Kindern und Jugendlichen aus. Schülerinnen und Schüler sollen ihre Tickets auch für Freizeitangebote, Sport, außerschulische Veranstaltungen, private Fahrten sowie an Wochenenden und in den Ferien nutzen können.

Vor diesem Hintergrund unterstützt die SPD-Kreistagsfraktion die neue



Das Schülerticket bleibt erhalten

Foto: Landkreis Oberhavel

Schülerbeförderungssatzung, welche einen Zuschuss des Landkreises in Höhe von 30 Euro pro Ticket vorsieht. Angesichts gestiegener Ticketpreise, insbesondere beim Deutschlandticket, wäre ein noch höherer Zuschuss aus Sicht der Fraktion wünschenswert. Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation des Landkreises Oberhavel ist dies derzeit jedoch nicht umsetzbar.

Der vorliegende Entwurf der Schülerbeförderungssatzung sieht eine Subventionierung der jeweiligen Tickets in Höhe von 30 Euro vor und entspricht damit der Forderung der SPD-Kreistagsfraktion. Die Gesamtsumme des freiwilligen Zuschusses des Landkreises beläuft sich voraussichtlich auf rund 3,1 Millionen Euro bei etwa 10.000 prognostizierten Tickets.

Damit erhalten Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, ein Ticket ihrer Wahl zu nutzen. Waben-Tickets gelten innerhalb des jeweiligen Ticketbereiches, das Deutschlandticket ermöglicht eine bundesweite Nutzung nach den geltenden gesetzlichen Vorgaben.

Weitere Informationen unter www.oberhavel.de

KNACKPUNKTE DER LOKALPOLITIK

Wie man Demokratie vor Ort verlässlich absichern kann

Zwei kommunalpolitische Vorgänge in Oberhavel haben in den vergangenen Monaten deutlich gemacht, dass es im Kommunalrecht an einzelnen Stellen Prüf- und Reformbedarf gibt.

Die Fälle Zehdenick und Velten werfen unterschiedliche, aber grundlegende Fragen auf: Wie angemessen sind Versorgungsregelungen für kommunale Wahlbeamte bei sehr kurzer tatsächlicher Amtsausübung? Und wie gut sind unabhängige Wahlleitungen vor politischer Einflussnahme geschützt?

In Zehdenick wurde nach der

Bürgermeisterwahl im März 2025 eine Debatte über die bestehenden Versorgungsregelungen ausgelöst. Der gewählte Bürgermeister war nur wenige Arbeitstage im Amt, anschließend über einen längeren Zeitraum krankgeschrieben und wurde im Februar 2026 abgewählt. Nach derzeitiger Rechtslage besteht dennoch ein Anspruch auf ein Ruhegehalt in Höhe von 71,75 Prozent der letzten Besoldung bis zum Ende der regulären Wahlperiode. Nach vorliegenden Angaben entspricht dies rund 6.216 Euro brutto monatlich über einen Zeitraum von fünf Jahren.

Dieser Fall zeigt, dass die bestehenden Regelungen überprüft werden müssen. Insbesondere stellt sich die Frage, ob Versorgungsansprüche künftig stärker an tatsächliche Amtszeiten und nachvollziehbare Voraussetzungen geknüpft werden sollten.

Auch der Fall Velten hat Reformbedarf sichtbar gemacht. Dort geriet die Wahlleitung nach der Bürgermeister-Stichwahl politisch unter Druck. Im November 2025 wurde die Wahlleiterin durch Stadtverordnete von Pro Velten und AfD abberufen.

Der Vorgang wird als problematisch

bewertet, da Wahlleitungen unabhängig, neutral und rechtssicher arbeiten müssen. Ihre Abberufung darf nicht von parteipolitischen Interessen oder der Unzufriedenheit mit einem Wahlergebnis abhängig sein.

Die SPD hat diese Probleme erkannt und setzt sich zum Ziel, die geltende Rechtslage zu prüfen und konkrete Änderungsoptionen zu erarbeiten. Im Ergebnis sollen klare Verfahren, faire Standards und ein wirksamer Schutz demokratischer Institutionen auf kommunaler Ebene zu mehr Rechtssicherheit führen.

QUO VADIS KOMMUNALFINANZEN?

Kommentar von Alexander Tönnies

Haben Sie es auch schon gehört? In ganz Deutschland geht den Landkreisen sowie den Städten und Gemeinden das Geld aus. Was sich nach dem üblichen Jammern und Klagen anhört, ist mittlerweile ein Hilfeschrei! Und der ertönt jetzt auch aus unserem Oberhavel.

Der Kreishaushalt umfasst über 600 Millionen Euro. Auch im letzten Jahr haben wir damit gerechnet, dass die Einnahmen die Ausgaben decken. Doch dem ist leider nicht so. Wir haben das Jahr 2025 mit einem Minus von über 15 Millionen Euro abgeschlossen! Und im aktuellen Jahr zeichnet sich ein noch größeres Minus ab. Vollkommen klar, dass wir etwas tun müssen.

Die klassischen und bewährten Instrumente heißen: Haushaltssperre, Stellenbesetzungsstopp und ehrliche Auf- und Ausgabenkritik. Damit haben wir in einem ersten Schritt etwa 10 Millionen Euro an Ausgaben auf Eis gelegt. Aber reichen wird das leider nicht. Und betroffen werden alle Menschen in unserem Landkreis sein. Gebühren und Eigenbeiträge steigen, Vereine und Feuerwehren können nicht mehr so unterstützt werden, wie wir uns alle das wünschen, und Investitionen werden gestreckt oder sogar gestrichen werden müssen.

Doch woher stammen die Probleme? An den Einnahmen liegt es nicht, die sind fast unverändert. Also liegt es an den Ausgaben. Kann der Kreis nicht



Foto: Landkreis Oberhavel

Alexander Tönnies ist
Landrat in Oberhavel

mit Geld umgehen? Hier lohnt der Blick über den Oberhaveler oder auch Brandenburger Tellerrand hinaus: Das Minus der deutschen Kommunen lag 2024 auf einem Rekordhoch von mehr als 24 Milliarden Euro. Allein in Brandenburg waren es 355 Millionen Euro. Und 2025 hat sich die Lage weiter verschärft!

Wir werden durch Ausgaben belastet, auf die wir keinen Einfluss haben. Der Bund legt in seinen Gesetzen Sozialleistungen fest, die zum Teil die Kommunen bezahlen müssen. Das sind vor allem Leistungen in der Jugend- und Sozialhilfe, aber auch bei der Migration. Ich kritisiere hier ausdrücklich nicht diese sozialen Leistungen als solche, sondern deren mangelhafte Finanzierung durch den Bund. Deutschlandweit

schlagen deshalb Landkreise, Städte und Gemeinden seit Jahren Alarm.

Ich wünsche mir eine Diskussion darüber, die ganz nüchtern analysiert, welche Hilfen welche Wirkung entfalten – und welche eben auch nicht. Ist es hilfreich und gewünscht, dass in einer Klasse bis zu acht Einzelfallhelfer sitzen und jede oder jeder von ihnen sich nur um „s“ ein Kind kümmert? Vielleicht gelingt uns ja mal eine Debatte darüber, ohne gleich wieder in emotional aufgeladene Vorwürfe und Unterstellungen auszuweichen. Und vielleicht erkennen auch die Abgeordneten im Bundestag, dass die Regel: „Wer bestellt, bezahlt.“ kein abgedroschener Spruch, sondern Grundlage für solide Finanzen ist.

OBERHADEL

ICH TRAUE MICH. ICH KANN ES. ICH MACHE ES.

Ein Plädoyer für einen selbstbewussten Umgang mit Geld und Finanzen

Der Bundeskanzler beglückt uns mit Aussagen zum effizienten Arbeiten, macht sich über die Vier-Tage-Woche und Work-Life-Balance lustig. Die eigene Immobilie erscheint vielen unerreichbar. Geld anlegen? Ja, irgendwann einmal, wenn Zeit ist. Frauen stellen über 50 Prozent der Bevölkerung, doch ihre Interessen werden häufig vernachlässigt. Derzeit verdienen Frauen durchschnittlich 18 Prozent weniger als Männer und tragen einen großen Anteil der Care-Arbeit. Sie sind deutlich häufiger von Altersarmut bedroht. Der Bedarf, hier gegenzusteuern, ist riesig. Was könnte helfen, hier aktiv zu werden?

Seit Herbst 2025 läuft eine Workshop-Reihe unter dem Titel „Frauen und Finanzen“. Initiiert von Marei John-Ohnesorg und Romy Segler, mitfinanziert von den SPD-Frauen Brandenburg, fanden bisher fünf kostenfreie Online-Workshops statt. Es ging um Geld in der Partnerschaft und um Altersvorsorge, um Depots und Anlagemöglichkeiten. Gründe, warum es sich lohnt, über Geld zu sprechen, gibt es viele. Immer wieder ging es aber auch um Glaubenssätze: „Ich bin kein Zahlenmensch.“ „Über Geld spricht man nicht.“ „Ich kann mit Geld nicht gut umgehen.“ Die Workshops vermitteln Wissen, aber auch das Gefühl: Ich habe es selbst in der Hand, hier aktiv zu werden. Denn: Finanzielle Unabhängigkeit gibt Sicherheit. Janine Hutschreuther hat in

ihrem Workshop viele Denkanstöße dazu geliefert.

Lasst uns vorab mit ein paar Mythen aufräumen: 100 Euro auf dem Konto bleiben 100 Euro, auch nach ein paar Jahren? Das scheint oberflächlich richtig. Was dabei ausgeblendet wird: die Inflation. Rund 35 Prozent der Vermögen in privaten Haushalten liegen auf dem Girokonto oder dem Sparbuch. Das ist ungünstig, weil das Geld nicht genutzt wird, um zu investieren. Und es ist besonders ärgerlich, weil das Geld durch die Inflation von derzeit circa 2 Prozent kontinuierlich weniger wird. Vor 1958 stand im Gesetz: „Geld ist keine Frauensache“. Diese Zeiten sind vorbei. Aber auch heute schätzen fast zwei Drittel der Frauen ihr Finanzwissen als schlecht oder sehr schlecht ein.

Im Alltag zeigt sich, wie Nicole Katsioulis uns in ihrem Workshop nahegebracht hat: Frauen neigen häufiger dazu, unbezahlt zu arbeiten. Nach der Heirat sind viele Frauen weniger erwerbstätig und erleben nach dem ersten Kind einen unmittelbaren Einkommensrückgang. Auch später steigt ihr Einkommen nur langsam wieder an – von den verpassten Karrierechancen ganz abgesehen. Statistisch zeigt sich: Die Geburt eines Kindes wirkt sich negativ auf das Einkommen der Mutter aus („Motherhood Penalty“). Bei Vätern gibt es diesen Effekt nicht. Im Alter kommt dann das böse Erwachen, wenn für viele Frauen die gesetzliche Rente nicht ausreicht.

Es geht aber nicht nur um das Alter. Wie sieht es heute aus, wie handhaben Sie den

Umgang mit Geld in der Partnerschaft? Mit Nicole Katsioulis haben wir uns Beispiele angeschaut: das Drei-Konten-Modell mit einem Gemeinschaftskonto, die Aufteilung der Fixkosten, die gemeinsame Finanzierung der Altersvorsorge. Dann ging es um die Frage, inwiefern ein Ehevertrag sinnvoll ist. Und, was leider nicht selbstverständlich ist: über Geld reden in der Partnerschaft. Besonders brisant war dieses Thema: Gewalt gibt es auch als finanzielle Gewalt. Was klar ist: Finanzielle Sicherheit beendet keine Gewalt. Aber sie macht es leichter zu gehen, wenn das eigene Zuhause nicht mehr sicher ist.

Und wie sieht es mit dem Vermögensaufbau aus? Früher lief es so: Geld aufs Sparbuch, Bausparvertrag, Haus. Heute läuft das anders. In den Workshops mit Carolin Gontard haben wir über Formen der Geldanlage gesprochen: Tagesgeld, Festgeld, ETFs. Wir haben den Zinseszinsseffekt und den Leitzins kennengelernt. Wir haben gelernt zu fragen: Was bekomme ich dafür? Was kostet mich das? Wie hoch ist das Risiko? Der erste Schritt ist, für ein Sicherheitspolster zu sorgen. Erst später kommt das Depot. Auch kleine Beträge lassen sich über Sparpläne anlegen. Mit mittleren Beträgen ist langfristiges Investieren und Vorsorgen möglich.

Was ist also zu tun? Es gibt ein großes Angebot an Aus- und Fortbildungen, die wir alle buchen können: Finanzbildung online. Für manche ist das ein sehr guter



Workshopreihe: Frauen und Finanzen

Foto: Marei John-Ohnesorg

Weg, weil wir strukturiert an die Themen herangeführt werden. Und, machen wir uns nichts vor: wenn man Geld für den Kurs bezahlt hat, erhöht das die Motivation, auch wirklich hinzugehen. Alternativ ist es gar nicht so schwer, sich selbst zu informieren. YouTube ist eine Quelle der Information. Das Finanztip-Portal ist ein kostenloser, unabhängiger Weg, sich zu informieren: <https://www.finanztip.de> – unter dem Motto: „Finanzen kannst du selber“.

Was können andere tun? Schulen, Volkshochschulen, Betriebe: Viele Akteure können helfen, für das Thema zu sensibilisieren. Lehrkräfte können im Unterricht oder an Projekttagen über Geld und Finanzen reden –

übrigens auch über Handyverträge und Konsumschulden. Viele Schulen machen das auch schon. Liebe Volkshochschulen: Nehmt das in eure Programme auf!

Am Wichtigsten aber ist: Wir können selbst etwas tun. Sich um die eigenen Finanzen zu kümmern, kann zu einem tiefen Gefühl von Freiheit und Selbstbestimmtheit führen. Probieren Sie es aus. Sprechen Sie darüber! Sich mit Finanzen zu befassen, lohnt sich auch mit geringen Beträgen und je früher und jünger gestartet wird, desto besser.

Weitere Informationen unter Instagram: [@frauen_und_finanzen](https://www.instagram.com/frauen_und_finanzen)

KATASTROPHENSCHUTZ IN OBERHADEL

Hochkarätiges Podium mit Nancy Faeser gibt Antworten



Auf dem Podium: Stephan Zimniok, Katja Hermann, Nancy Faeser und Steffen Apelt

Foto: Vivien Semrau

Wie gut sind wir auf Krisen vorbereitet – und wie kann jede und jeder Einzelne vorsorgen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Informationsveranstaltung „Klarer Kurs für den Katastrophenschutz“, zu der der Landtagsabgeordnete Dr. Benjamin Grimm (SPD) gemeinsam mit den SPD-Ortsvereinen Hohen Neuendorf und Birkenwerder am 25. März ins Rathaus Birkenwerder eingeladen hatte.

„Der Katastrophenschutz hat in den vergangenen Jahren spürbar an Bedeutung gewonnen“, leitete Moderator Benjamin Grimm ins Thema ein. Von diesem Interesse zeugten auch die rund 80 Zuhörerinnen und Zuhörer im gut gefüllten Ratssaal.

In der Podiumsdiskussion verwies die ehemalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser auf das im März in Kraft getretene Dachgesetz zum

Schutz kritischer Infrastrukturen (KRITIS). Dieses definierte erstmals einheitliche Mindeststandards für den Schutz kritischer Infrastrukturen in Deutschland, zum Beispiel in Form von Zäunen oder Videoüberwachung. Für wahrscheinlicher als gezielte Angriffe auf die Infrastruktur halte sie allerdings Naturkatastrophen wie Überschwemmungen oder Sturmereignisse. Faeser lobte das Land Brandenburg für den Aufbau der Katastrophenschutzleuchttürme (KatS-Lt). Diese gebe es in dieser Struktur nicht in jedem Bundesland.

Auf die Schwierigkeiten beim Aufbau der KatS-Lt in der konkreten Praxis wies Hohen Neuendorfs Bürgermeister Steffen Apelt hin. Die größte Herausforderung sei die personelle Betreuung bei einem mehrtägigen 24-Stunden-Betrieb. Als positiv hob er hervor, dass die Anlaufstellen nicht nur beim Ausrufen

eines Katastrophenfalls, sondern auch bei sogenannten Großschadenslagen aktiviert werden können. Anlaufstellen in Hohen Neuendorf wären im Notfall die Grundschule Niederheide und der Sportpark Bergfelde.

Stephan Zimniok, Bürgermeister der Gemeinde Birkenwerder, hob vor allem die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger hervor: „Die Katastrophenschutz-Leuchttürme sind nicht für den Daueraufenthalt vorgesehen.“ Wichtig sei, im Krisenfall mehr aufeinander zu achten und auch mal beim Nachbarn zu klingeln, ob dieser Hilfe benötige.

Katja Hermann, die für den Katastrophenschutz zuständige Dezernentin für Sicherheit beim Landkreis Oberhavel, gab konkrete Hinweise, was jeder Einzelne tun könne: Eine Bevorratung mit Wasser und haltbaren Lebensmitteln für mehrere

Tage, Vertrauen in staatliche Strukturen und gegenseitige Unterstützung seien wesentliche Elemente der Krisenvorsorge.

In der anschließenden Fragerunde ging es unter anderem um die zentrale Bedeutung des Ehrenamts und die Freistellung durch den Arbeitgeber im Katastrophenfall, die Integration von Katastrophenschutz in den Schulunterricht sowie stärkere Unabhängigkeit im technologischen und wirtschaftlichen Bereich.

Die Veranstaltung machte deutlich: Katastrophenschutz ist längst kein Randthema mehr, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Neben staatlichen Strukturen spielen individuelle Vorbereitung, Zusammenarbeit und ehrenamtliches Engagement eine zentrale Rolle beim „klaren Kurs für den Katastrophenschutz“.

Neue Broschüre vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz



Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat einen Ratgeber zur Notfallvorsorge herausgegeben. Er empfiehlt, sich für mindestens zehn Tage selbst versorgen zu können. Wer zunächst nur für drei Tage vorsorgt, hat bereits einen wichtigen ersten Schritt getan und kann schrittweise aufbauen. Bei der Bevorratung sollten individuelle Faktoren wie Lebensmittelunverträglichkeiten oder Lagerungsmöglichkeiten berücksichtigt werden. Da Notfallvorsorge eine sehr persönliche Angelegenheit ist, versteht sich der Ratgeber als Hilfestellung, nicht als verbindliche Vorgabe.

Weitere Informationen unter: www.bbk.bund.de

POLITIK



NEUE KOALITION NIMMT ARBEIT AUF

SPD und CDU einigen sich in Brandenburg auf Ziele bis 2029

Foto: Foto: Ralf Roletschek, CC BY-SA 3.0

„Verantwortung für Brandenburg“ – so lautet das Leitmotiv im Koalitionsvertrag der neuen SPD/CDU-Landesregierung bis 2029. Notwendig war ein neues Regierungsbündnis geworden, nachdem die bisherige Koalition aus SPD und BSW zerbrach (siehe Titelseite).

Anders als viele Regierungsprogramme der Vergangenheit ist der neue Koalitionsvertrag bewusst kürzer, kompakter und stärker auf zentrale Zukunftsfragen ausgerichtet. Zu diesen Fragen gehören: Wie machen wir Brandenburg zukunftsfest, modern und weltoffen? Wie sichern wir Wohlstand, gute Arbeit und regionale Wertschöpfung? Wie eröffnen wir Kindern und Jugendlichen verlässliche Zukunftschancen? Und wie bleibt

Brandenburg ein sicheres und handlungsfähiges Land?

Ergänzt wird der Vertrag um 60 konkrete Maßnahmen. Sie zeigen den Anspruch der Koalition, politische Ziele schnell in Ergebnisse zu übersetzen. Dazu gehören im Bereich Bürokratieabbau die Aufhebung des bisherigen Vergabegesetzes und die Einführung einer Tarifreuegung bei öffentlichen Aufträgen. Auch im Bildungsbereich werden klare Akzente gesetzt: Ein verbindliches Lese- und Rechenband sowie eine zusätzliche Deutschstunde an Grundschulen sollen die Basiskompetenzen stärken. Zugleich werden 250 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und ein Strategie- und Beteiligungsprozess „Bildungsland Brandenburg 2035“ gestartet.

Weitere Maßnahmen reichen von der Wiedereinführung des Azubi-Tickets über die Digitalisierung des Familienpasses bis hin zu einer Landarztquote und einer besseren flächendeckenden Hospiz- und Palliativversorgung. Für den Brand- und Katastrophenschutz wird ein Konzept für Musterfeuerwehrgerechtheuser erarbeitet. Zukunftsfähige Kommunal Finanzen sollen die Handlungsspielräume für Städte und Gemeinden verbessern.

Auch wirtschafts- und strukturpolitisch setzt der Vertrag klare Signale: Der Ausbau erneuerbarer Energien wird vorangetrieben, das Handwerk durch die Meistergründungsprämie und Kooperationen mit Schulen unterstützt. Gemeinsam mit Berlin soll die Regionalentwicklung so gestaltet

werden, dass auch Gemeinden außerhalb der Verdichtungsräume bessere Entwicklungschancen erhalten – insbesondere durch Investitionen in Mobilität und Infrastruktur nach dem Grundsatz „Erhalt vor Ausbau“.

Im Verkehrsbereich bekennt sich die Koalition zum Deutschlandticket und zu einem einfacheren Tarifsystem im VBB, lehnt jedoch eine dritte Start- und Landebahn am BER ab. Gleichzeitig soll der Wohnungsbau schneller und unbürokratischer vorankommen. Die Neuschaffung von Mietwohnungen wird vom Land auch weiterhin finanziell gefördert.

Klare Akzente, die mit dem bisherigen Koalitionspartner BSW nicht möglich waren, gibt es im Bereich Sicherheit, Verteidigung und internationaler

Zusammenarbeit. So bekennt sich die neue Landesregierung deutlich zur Bundeswehr und ihren Standorten; Jugendoffiziere können wieder an Schulen über ihre Aufgaben informieren. Zugleich soll die zivile Verteidigung gestärkt werden.

Der komplette Koalitionsvertrag kann auf der Homepage der SPD Brandenburg abgerufen werden:



DAS SPD-KABINETT STELLT SICH VOR



MINISTER-PRÄSIDENT

Dr. Dietmar Woidke (1961 in Naundorf), Landwirt, promovierter Diplomagraringenieur, Minister für ländliche Entwicklung (2004-2009), Innenminister (2010-2013), Ministerpräsident seit 2013



CHEFIN DER STAATSKANZLEI

Kathrin Schneider (1962 in Lübben), Diplom- Agraringenieurin (1986), Referatsleiterin (ab 2002), Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (2013), Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung (2014-2019)



MINISTER DER FINANZEN

Daniel Keller (1986 in Potsdam), Eliteschule des Sports Frankfurt/Oder, Politik- und Verwaltungswissenschaftler, Präsident des Deutschen Judo-Bundes (2019-2021), Mitglied des Landtags seit 2024, Wirtschaftsminister (2024-2026)



MINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALES

René Wilke (1984 in Frankfurt/Oder), Kaufmann für Bürokommunikation, Mitglied des Landtags Brandenburg für (2014-2018), Oberbürgermeister von Frankfurt/Oder (2018-2025), Innenminister (2025-2026)



MINISTERIN FÜR LANDWIRTSCHAFT

Hanka Mittelstädt (1987 in Prenzlau), Studium der Agrarwirtschaft und Agrarökonomie, Firmenkundenberaterin (2012-2015), Übernahme des elterlichen Landwirtschaftsbetriebs (2015), Unternehmerin, Mitglied des Landtags seit 2023



MINISTERIN FÜR WISSENSCHAFT

Dr. Manja Schüle (1976 in Frankfurt/Oder), promovierte Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Referentin (1997-2009), Büroleiterin Minister Baaske (2009-2017), MdB (2017-2019), Ministerin MWFK seit 2019, Landtagsabgeordnete (seit 2024)



MINISTER DER JUSTIZ & DIGITALISIERUNG

Dr. Benjamin Grimm (1984 in Jerusalem/Israel), Rechtsanwalt (2013-2019), Staatssekretär und Beauftragter für Medien und Digitalisierung (2019-2024), Landtagsabgeordneter (seit 2024), Minister MdJD (seit 2024)



MINISTER FÜR INFRASTRUKTUR

Robert Crumbach (1962 in Heerlen/Niederlande), Jura-Studium, Arbeitsrichter im Land Brandenburg (1991-2024), MdL (seit 2024), Finanzminister (2024-2026)

DEUTSCHLAND MODERNISIEREN

Lars Klingbeils Reformkurs für Stärke, Innovation und Gerechtigkeit

Deutschland steht nach Einschätzung von Bundesfinanzminister und Vizekanzler Lars Klingbeil vor grundlegenden Veränderungen. In seiner Rede bei der Bertelsmann Stiftung machte er deutlich, dass die kommenden Jahre von Reformen geprägt sein müssen, wenn das Land wirtschaftlich stark, sozial gerecht und international handlungsfähig bleiben soll. Der Reformgedanke verbindet dabei zwei zentrale Ziele: neue wirtschaftliche Stärke und einen fairen gesellschaftlichen Ausgleich.

Klingbeil beschreibt eine veränderte weltpolitische Lage. Internationale Krisen, Kriege, unsichere Lieferketten, wirtschaftliche Rivalität zwischen den USA und China sowie neue Abhängigkeiten stellen Deutschland vor große Herausforderungen. Für eine exportorientierte Volkswirtschaft bedeute dies, dass alte Erfolgsmodelle nicht mehr ausreichen. Deutschland müsse unabhängiger, widerstandsfähiger und technologisch stärker werden.

Im Zentrum seiner Überlegungen steht deshalb ein neues deutsches Wachstumsmodell. Dieses soll auf Innovation, Produktivität, Technologieführerschaft und einer modernen industriellen Basis beruhen. Zukunftsbereiche wie Künstliche Intelligenz, Climate Tech und Life Sciences sollen gezielter gefördert werden. Förderprogramme sollen stärker gebündelt und weniger nach dem Prinzip „Gießkanne“ verteilt werden. Stattdessen sollen leistungsfähige Cluster entstehen, die Forschung, Unternehmen und Industrie enger miteinander verbinden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Investitionen. Der Staat soll in den kommenden Jahren erhebliche Mittel in Infrastruktur, Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung, Verkehr und Sicherheit investieren. Klingbeil betont jedoch, dass es nicht allein auf die Höhe der Investitionen ankomme, sondern auf Geschwindigkeit und Wirksamkeit. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssten schneller werden. Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo Projekte zügig und sinnvoll umgesetzt werden können.

Gleichzeitig verbindet Klingbeil seinen Reformkurs mit einer Modernisierung des Arbeitsmarktes. Angesichts des



Lars Klingbeil, Vizekanzler und Finanzminister

Foto: Tobias Koch

demografischen Wandels müsse Deutschland mehr Erwerbspotenzial nutzen. Dazu gehören eine bessere Integration von Fachkräften aus dem Ausland, schnellere Berufsanerkennung, bessere Kinderbetreuung und Ganztagsangebote, aber auch Reformen bei Steuern und Sozialleistungen. Mehrarbeit dürfe nicht durch Abgaben oder den Wegfall von Transferleistungen entwertet werden. Arbeit müsse sich wieder stärker lohnen.

Besonders deutlich wird dies bei der Rolle von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Klingbeil sieht im bestehenden Steuersystem Fehlanreize, die Teilzeit begünstigen und Erwerbstätigkeit erschweren können. Deshalb spricht er sich für Reformen aus, etwa beim Ehegattensplitting für zukünftige Ehen. Ziel ist es, finanzielle Hürden abzubauen und mehr Selbstbestimmung sowie wirtschaftliche Unabhängigkeit zu ermöglichen.

Auch die Rente soll Teil des Reformpakets sein. Klingbeil wirbt dafür, längeres Arbeiten attraktiver zu machen und stärker auf Beitragsjahre zu achten. Wer lange gearbeitet hat, soll anders

betrachtet werden als Menschen, die später ins Erwerbsleben eingestiegen sind und früher aussteigen können. Damit verbindet er den Anspruch, das Rentensystem gerechter und zugleich zukunftsfester zu gestalten.

Für die SPD bleibt dabei entscheidend, dass wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gute Arbeit, Mitbestimmung, starke Sozialpartnerschaft und gerecht verteilter Wohlstand gehören aus dieser Sicht zu einem erfolgreichen Reformmodell. Auch die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt diesen Ansatz. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Armand Zorn sieht in Klingbeils Rede einen klaren Aufschlag für ein neues Wachstumsmodell, das Innovation und Gerechtigkeit miteinander verbindet.

Dazu gehört auch die Frage der Finanzierung. Klingbeil macht deutlich, dass der Staat nicht jedes Problem dauerhaft mit zusätzlichen Ausgaben lösen kann. Subventionen, Einnahmen und Ausgaben sollen überprüft werden. Gleichzeitig sollen hohe Einkommen, große Vermögen und große

Erbschaften stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen. Zusätzliche Einnahmen sollen unter anderem in Bildung, Chancengleichheit und Zukunftsinvestitionen fließen.

Der Reformgedanke zielt damit nicht nur auf wirtschaftliche Modernisierung, sondern auch auf gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bezahlbare Energie, bezahlbares Wohnen, faire Löhne, mehr Tarifbindung und eine gerechtere Steuerpolitik werden als Voraussetzungen für Vertrauen in den Staat und die Demokratie beschrieben.

Klingbeils Kernbotschaft lautet: Deutschland kann stark bleiben, wenn es bereit ist, Blockaden zu lösen, alte Gewohnheiten zu hinterfragen und Reformen gemeinsam anzugehen. Mit einer „Allianz für Arbeit und Innovation“ sollen Gewerkschaften, Arbeitgeber, Wissenschaft und Politik zusammengebracht werden. Ziel ist ein Land, das wirtschaftlich souveräner, technologisch moderner und sozial gerechter wird.

KOMMENTAR



Foto: Anna Völske

Der Tankrabbatt sollte schnelle Entlastung bringen. Tatsächlich ist er schon nach wenigen Tagen als politischer Blindflug erkennbar. Laut Ifo-Institut kamen bei Diesel von 17 Cent Steuersenkung im Schnitt gerade einmal vier Cent an der Zapfsäule an, bei Superbenzin zwölf Cent. Der Staat verzichtet auf Einnahmen, die Menschen zahlen weiter hohe Preise und ein Teil der Entlastung bleibt unterwegs hängen.

Das ist kein Betriebsunfall, sondern ein Konstruktionsfehler. Wer Milliarden in einen Tankrabbatt steckt, ohne sicherzustellen, dass das Geld vollständig bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommt, betreibt keine entschlossene Krisenpolitik. Er macht Politik nach dem Prinzip Hoffnung.

Besonders bitter: Friedrich Merz hat die Entlastungspolitik der Ampel einst scharf kritisiert. Nun wiederholt seine Bundesregierung dieselben Fehler. Auch die angekündigte 1.000-Euro-Entlastungsprämie wurde vom Bundesrat einkassiert und kommt nicht. Das ist keine starke Führung, sondern politische Naivität.

Es zeigt sich, dass der Kanzler politisch noch nicht ganz den 90er Jahren entwachsen ist: Steuern senken, auf den Markt vertrauen, Unternehmen bitten, den Rest zu erledigen. Doch diese Krise lässt sich nicht mit alten Reflexen lösen. Wenn Konzerne Spielräume nutzen können, werden sie es tun.

Wer die Menschen wirklich entlasten will, braucht Maßnahmen, die wirken und nicht nur gut klingen. Dazu gehören klare Kontrollen gegen Mitnahmeeffekte, eine wirksame Übergewinnsteuer und ein bezahlbares Mobilitätsangebot. Ein neues 9-Euro-Ticket wäre gerechter, direkter und klüger als ein Tankrabbatt, der am Ende vor allem zeigt, wie Entlastung nicht funktionieren darf.

Sören Gruner
Redaktion

MEHRHEIT FÜR EINEN STARKEN SOZIALSTAAT

Sozialstaatsradar 2026: Die Mehrheit in Deutschland will verlässliche soziale Sicherheit

Die neue Befragung von DGB und Arbeitskammern zeigt breite Unterstützung für einen starken Sozialstaat und widerspricht Forderungen nach pauschalen Kürzungen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Arbeitskammern haben das Sozialstaatsradar 2026 veröffentlicht. Die Untersuchung basiert auf einer Befragung von 3.000 Menschen in Deutschland und zeigt eine klare Tendenz: Die Bevölkerung steht mehrheitlich hinter einem starken Sozialstaat. Viele Menschen wünschen sich verlässliche Leistungen in Rente, Gesundheit und Pflege und sind bereit, diese solidarisch mitzufinanzieren.

Besonders deutlich wird dies bei der

Alterssicherung. 77 Prozent der Befragten sprechen sich für eine verpflichtende gemeinsame Rentenversicherung aus, entweder für alle Erwerbstätigen oder für alle Menschen unabhängig vom Erwerbsstatus. Zudem halten die Befragten im Durchschnitt eine Nettoersatzrate von 71,1 Prozent des letzten Einkommens für angemessen.

Auch die Finanzierungsbereitschaft ist hoch. Rund drei Viertel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wären bereit, höhere Beiträge zu zahlen, wenn dadurch stabile oder bessere Rentenleistungen gesichert werden. Damit widerspricht die Studie der Annahme, die Menschen wollten zwar gute Leistungen, seien aber nicht bereit, dafür einen Beitrag zu leisten.

Ein Generationenkonflikt bei der Rente lässt sich aus den Ergebnissen nicht ableiten. Auch jüngere Beschäftigte unterstützen stabile Sicherungssysteme. Bei Gesundheit und Pflege sprechen sich fast 80 Prozent der Befragten für eine Bürgerversicherung aus. Selbst unter Privatversicherten gibt es dafür eine Mehrheit.

Der Sozialstaatsradar macht außerdem deutlich, dass Debatten über ein immer höheres Renteneintrittsalter an der Lebensrealität vieler Beschäftigter vorbeigehen. 57 Prozent gehen davon aus, ihren derzeitigen Beruf höchstens bis 65 ausüben zu können. Eine automatische Anhebung der Regelaltersgrenze lehnen 74 Prozent ab.

Die Ergebnisse liefern wichtige

Impulse für die sozialpolitische Debatte. Sie zeigen, dass pauschale Kürzungen im Sozialstaat nicht der Mehrheitsmeinung entsprechen und viele Menschen soziale Sicherung weiterhin als zentrale Aufgabe des Staates betrachten. Erwartet werden verlässliche Leistungen, faire Finanzierung und soziale Sicherheit, die im Alltag tatsächlich spürbar ist.

Besonders relevant sind diese Befunde auch für Brandenburg und den Landkreis Oberhavel. In einer Region, in der viele Menschen in Berufen mit hoher körperlicher Belastung arbeiten, ist die Frage nach einem fairen Renteneintrittsalter keine abstrakte Debatte, sondern gelebte Realität. Gleichzeitig zeigt die Studie, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen eng

an die Verlässlichkeit sozialer Leistungen geknüpft ist. Das ist ein Befund, der auch für die Kommunalpolitik vor Ort nicht folgenlos bleiben sollte.

Für die SPD bestätigt der Sozialstaatsradar einen zentralen politischen Anspruch: Sozialpolitik ist keine Belastung, sondern eine Investition in gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer Vertrauen in den Staat erhalten will, muss sicherstellen, dass soziale Sicherheit nicht nur auf dem Papier existiert, sondern im Alltag der Menschen tatsächlich ankommt.

Der Sozialstaatsradar zeigt: Reformen müssen die bestehenden Systeme gerechter und stabiler machen – nicht Leistungen abbauen.

PORTRÄT

DIE KULTURFUGE GEHT AN DEN START

Einzigartiger Kulturstandort für Oberhavel – Interview mit Bildungsdezernent Holger Mittelstädt

Die KulturFUGE Oberhavel hat im September 2025 ihre Türen geöffnet. Holger Mittelstädt, Dezernent für Bildung, Kultur und Sport, erzählt im Gespräch mit Marei John-Ohnesorg, Vorstandsmitglied der SPD Oberhavel, von den vielfältigen Angeboten.

Was ist die KulturFUGE?

Die Kulturfuge ist ein Schmelztiegel für den Landkreis Oberhavel. Wir haben hier eine Verbindung zwischen Musik, Volkshochschule, Veranstaltungsflächen und Ausstellungsflächen, die in dieser Konzentration im Landkreis einzigartig ist: unterschiedliche Kompetenzen und Kulturen, die zusammenwirken und etwas Gutes auf die Beine stellen.

Was bedeutet der Begriff der Fuge?

Wir kennen den Begriff Fuge aus dem Bau, als Silikonfuge in der Dusche oder als Verbindung zwischen zwei Gebäuden, die abdichtet und gleichzeitig auch transparent ist. In der Musik ist die Fuge ein Kunstwerk. Gleichberechtigte Stimmen musizieren nebeneinander und kommen am Ende doch zu einem großartigen Gesamtklang. Das Gebäude heißt nicht nur Fuge, weil der Begriff aus der Musik kommt, sondern weil die architektonische Fuge im Gebäude den Übergang schafft vom Altbau zum Neubau. In der Fuge ist der Fahrstuhl eingebaut, so entsteht eine barrierefreie Verbindung.

Innen und außen fällt die auffällige Schrift auf. Wie kam es dazu?

Wir haben hier das Design des Landkreises bewussterweitert und mit einer Künstlerin eine Schrift gewählt, die handgeschrieben aussieht. Sie soll den Schwerpunkt auf die künstlerischen Aspekte des Hauses werfen. Die Schrift soll sich von einem Verwaltungsgebäude abheben und zeigen: Hier ist Kultur zu Hause, hier kann es etwas kreativer zugehen – und deshalb die kreative Beschriftung, auch mit kreativen Symbolen.

Starten wir mit der Kreismusikschule. Die Preise für den Unterricht sind moderat, für manche Familien vermutlich trotzdem zu hoch. Welche Möglichkeiten gibt es?

Familien mit geringem Einkommen erhalten verschiedene Ermäßigungen gemäß unserer Satzung und können zudem finanzielle Unterstützung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für die Unterrichtsgebühr einsetzen. Generell wird die Musikschule mit jeder einzelnen Musikstunde vom Landkreis subventioniert. Mir ist wichtig, dass das eine Investition in die Zukunft ist, für die Menschen, die hier im Landkreis wohnen.

Gibt es für alle Schülerinnen und Schüler ausreichend Leihinstrumente? Werden alle Instrumente unterrichtet? Was wird am meisten nachgefragt?

Wir sind gut ausgestattet mit Leihinstrumenten. Schottischer Dudelsack wird leider nicht unterrichtet, sehr zu meinem persönlichen Bedauern. Ansonsten werden alle gängigen Instrumente unterrichtet. Gitarre, Geige und Klavier werden am meisten nachgefragt, hier gibt es längere Wartelisten. Wenn man Kontrabass lernen möchte, geht es schneller.

Hat die Musikschule schon einmal jemanden Berühmtes hervorgebracht? Wir sind immer wieder sehr erfolgreich



Nach nur einem Jahr Bauzeit hat die KulturFUGE im September 2025 eröffnet

Foto: Landkreis Oberhavel / Mandy Oys

bei „Jugend musiziert“ und qualifizieren uns im Regionalwettbewerb für den Landeswettbewerb. Und wir arbeiten mit berühmten Persönlichkeiten zusammen. Jocelyn B. Smith ist eine unserer Mitarbeiterinnen hier, die über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt ist als Sängerin und Pianistin, oder Volker Holly Schlott, deutscher Jazzpreisträger 2023. Beide fühlen sich in der KulturFUGE zu Hause.

Treten die Schülerinnen und Schüler regelmäßig auf?

Wir haben regelmäßige Konzertreihen und die Schülerinnen und Schüler treten bei Veranstaltungen auf. Wenn im Regionalmuseum eine Sonderausstellung eröffnet wird, wird das musikalisch gestaltet, genauso bei der Ehrenamtspreisverleihung und anderen Festivitäten. Das verschönert die Veranstaltungen. Die Schülerinnen und Schüler merken aber auch, dass ihre Leistung, ihre Arbeit gewürdigt wird: weil sie Applaus bekommen. Das ist für den Lernerfolg ganz wichtig. Es hat aber auch seine Grenzen. Manche wollen sich nicht auf die Bühne stellen und sich präsentieren. Dann ist es nicht sinnvoll, sie dazu zu überreden. Wenn du heute Menschen fragst, wie ihr Musikunterricht in der Schule war, werden dir viele erzählen, dass das für sie ein Trauma ist. Man musste alleine vorne im Klassenraum stehen und vorsingen. Deshalb ist es gut, dass es Ensembles gibt. Du lernst dein Instrument im Einzelunterricht oder in einer kleinen Gruppe. Dann ist der nächste große Schritt, in einem Ensemble zu spielen. Und schon das ist eine wahnsinnige Motivation für das Üben. In der Gruppe zu musizieren ist eine ganz andere Liga und macht viel mehr Freude. Deswegen ist die Ensemblearbeit in der Musikschule sehr wichtig.

Gibt es einen Kulturkalender? Wie kann ich mich informieren, wie werden die Veranstaltungen beworben?

Über die Veranstaltungen wird in der Zeitung und auf der Website, über einen Newsletter, Instagram und einen WhatsApp-Kanal informiert. Gerade wurde ein Standortmanager eingestellt, der ein Konzept entwickelt, auf welcher Plattform die Veranstaltungen beworben

werden. Ein Kulturkalender ist eine gute Idee.

Die Volkshochschule bietet Kurse von Fotografie bis zu Yoga an. Was wird besonders gut aufgenommen, was sollte mehr Aufmerksamkeit erhalten?

Das Angebot ist vielfältig: Excel, Office, Stressbewältigung, Konfliktlösung im Team und vieles mehr. Die Sprachen sind der Dauerrenner bei der Volkshochschule. Der Bereich der Alphabetisierung wird über das Grundbildungszentrum



Foto: Kerstin Neubauer

Vor Ort in der KulturFUGE: Marei John-Ohnesorg im Gespräch mit Dezernent Holger Mittelstädt

abgedeckt. Da gibt es einen großen Bedarf. Wir schätzen den funktionalen Analphabetismus auf circa 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland. Hier ist es schwierig, die Menschen zu erreichen – weil man sie in der Schriftform nicht erreicht, sondern über Mund-zu-Mund-Propaganda oder über Videos.

Laufen die Deutschkurse für Geflüchtete weiter?

Die VHS Oberhavel führt Integrationskurse im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) an mehreren Standorten in Oberhavel durch. Hier bestimmt die Nachfrage die Angebote

und die Finanzierung über den Bund ist ein entscheidendes Kriterium. Alle Informationen zu den Angeboten und unseren umfangreichen Beratungen sind auf der Webseite der Volkshochschule Oberhavel abrufbar.

Was verbirgt sich hinter dem ArtLabor und dem LiteraturFieber?

Das ArtLabor ist eine Werkstatt, in der man künstlerisch tätig werden und auch mal mit Farbe auf den Boden kleckern kann. Ein Raum mit 100 Quadratmetern, mit Waschbecken, die dafür geeignet sind, mit Farbe zu arbeiten, und deren Abfluss nicht leicht verstopft. Das LiteraturFieber wird vom Regionalmuseum organisiert. Hier finden regelmäßig Lesungen statt – Romane, Krimis, alle Genres sind vertreten.

Wie kam es zu der Idee, diesen Standort zu nutzen?

Das Gebäude hat eine bewegte Geschichte hinter sich. Matthias Rink, früherer Dezernent, hat das Ganze befördert, bevor es hier richtig losging. Baulich hat Katja Hermann, Dezernentin für Service, Mobilität und Sicherheit, das Projekt mit ihrem Architekten und Bauingenieur realisiert. Das Prinzip beim Umbau war, viel zu erhalten und nicht alles zu übertünchen, neu zu machen. Man hätte Linoleum legen können, aber so zeigt der Fußboden, dass das Gebäude eine Geschichte hat. Wir korrigieren nicht alle Fehler – in der Tapete oder die Zeichnung eines Elektrikers aus früherer Zeit. Im Boden sieht man noch die alten Mauerverläufe.

Welche Räume fallen besonders auf?

Es gibt einen großen Raum für die musikalische Früherziehung mit schönem Licht und mit Teppichboden, der gern mit den ganz Kleinen genutzt wird. Der Raum der Klavierlehrerin ist individuell eingerichtet, mit Sofa, Teppich und natürlich einem Flügel. Wichtig ist, dass der gesamte Bau barrierefrei gestaltet ist.

4,8 Millionen Euro für den Umbau sind relativ wenig. Das Haus ist nachhaltig und klimafreundlich. Wie wurde das erreicht?

Baubeginn war im Sommer 2024. Die Bauzeit war relativ kurz, ein Jahr. Wir haben Photovoltaik auf dem Dach und

Solarpaneele an der Außenfassade Richtung Süden. Es wurde versucht, mit Materialienzuarbeiten, dieschondawaren. Vieles wurde weiterverwendet. Das ganze Gebäude ist eine Kombination aus Altem und Neuem. Lampen, die ursprünglich für die Cafeteria gedacht waren, hängen jetzt im kleinen Veranstaltungsraum. Es wurde konsequent darauf geachtet, Möbel weiterzunutzen.

Was sollte noch gesagt werden?

Es gibt zwei große Veranstaltungsräume mit 60 und 250 Sitzplätzen – das ist schon eine Kapazität. Unser Nachbar, das Oberstufenzentrum, nutzt die Räume für seine Zeugnisverleihung. Das Schulamt Neuruppin möchte hier schulübergreifende, individuelle Lerngruppen einrichten. Auch eine private Anmietung ist möglich. All das wird im Nutzungskonzept noch geklärt. Die Flure werden gern für Ausstellungen von regionalen Künstlerinnen und Künstlern genutzt. Das ist ideal bei dem Publikumsverkehr durch die Eltern, die ihre Kinder hierherbringen. Das Angebot ist sehr vielfältig.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei Holger Mittelstädt für dieses Interview!

ZAHLEN & FAKTEN

- Fast 2.000 Schülerinnen und Schüler, rund 60 Lehrkräfte.
- 70 % arbeiten als Honorarkräfte, 30 % (9 Stellen) sind eigenes Personal
- Die musikalische Früherziehung startet ab 2 Jahren.
- Weitere Schwerpunkte für Kultur im Landkreis: Kreismusikschule in Zehdenick, Kulturcampus in Birkenwerder seit 2023

HISTORIE

- Ehemals Niederlassung der Schultheiß-Brauerei mit Getränke- und Lager und Wohnungen im Altbau
- 2015: Notunterkunft für Geflüchtete
- Später Ausweichquartier für einen Kindergarten
- Umbau ab Sommer 2024: Glasverbinder fügt Brauerei und Getränkemarkt zur KulturFUGE zusammen
- Seit September 2025: Kulturstandort mit Kreismusikschule, Volkshochschule und mehr



Weitere Informationen unter:
kms.oberhavel.de

SPD VOR ORT

Im Landkreis Oberhavel gibt es vier Bürgerbüros von den für die jeweilige Region gewählten SPD-Landtagsabgeordneten:

Wahlkreisbüro Dr. Benjamin Grimm
(Hohen Neuendorf, Glienicke, Birkenwerder, Mühlenbecker Land)
Hauptstraße 36, 16547 Birkenwerder
ÖZ: Mo.-Do.: 10-16 Uhr | Fr.: 10-14 Uhr | Und nach Vereinbarung

Tel.: 0176 21418731
Mail: buero.benjamin.grimm@mdl.brandenburg.de
Web: <https://benjamin-grimm.de>

Bürgerbüro Björn Lüttmann
(Oranienburg, Leegebruch, Liebenwalde)
Bernauer Str. 52, 16515 Oranienburg
ÖZ: Di./Mi./Fr.: 9-13 Uhr, Do.: 10-16:30 Uhr

Tel.: (03301) 3978890
E-Mail: bjoern.luettmann@spd-fraktion.brandenburg.de
Web: <https://bjoern-luettmann.de>

Bürgerbüro Andreas Noack
(Velten, Hennigsdorf, Oberkrämer, Kremmen, Löwenberger Land)
Havelplatz 2-10 (Storchengalerie)
16761 Hennigsdorf
ÖZ: Mo. 13-16 Uhr | Di. 12-18 Uhr | Mi. 10-13 Uhr | Do. 10-16 Uhr | Fr. 9-13 Uhr | Und nach Vereinbarung

Tel.: 03302 4947771
Mail: buero.andreas.noack@mdl.brandenburg.de
Web: <https://andreasnoack.de>

Bürgerbüro Annemarie Wolff
(Gransee, Zehdenick, Fürstenberg, Lychen, Templin, Boitzenburger Land)
Rudolf-Breitscheid-Str. 87
16775 Gransee

Tel.: (03306) 755 935 9
Mail: buero2.annemarie.wolff@mdl.brandenburg.de
Web: <https://annemarie-wolff.de>

ACHTUNG FÄLSCHUNG - KI ERKENNEN

Worauf man bei Bildern, Videos und Texten achten sollte

Künstliche Intelligenz wird immer besser. Umso wichtiger ist es, Inhalte nicht nur anzuschauen, sondern auch Quelle, Kontext und Details zu prüfen.

KI-generierte Inhalte begegnen uns längst im Alltag: in sozialen Netzwerken, in Werbung, bei Bildern, Videos oder Texten. Viele dieser Inhalte wirken auf den ersten Blick täuschend echt. Deshalb reicht es nicht mehr aus, nur nach offensichtlichen Fehlern zu suchen. Wer KI erkennen will, sollte mehrere Hinweise gemeinsam betrachten.

Ein erster Blick lohnt sich auf die Details. Bei KI-Bildern wirken Hände, Finger, Ohren, Zähne, Brillen oder Schmuck manchmal unnatürlich. Auch Hintergründe können Fehler enthalten: Gegenstände verschwimmen, Schatten passen nicht zur Lichtquelle oder Perspektiven wirken merkwürdig. Besonders Schrift ist häufig ein Hinweis. Straßenschilder, Plakate, Logos oder Produktnamen sind bei KI-Bildern oft verzerrt, falsch geschrieben oder kaum lesbar.

Auch ein zu perfekter Eindruck kann misstrauisch machen. Sehr glatte Haut, makellose Gesichter, übertriebene Symmetrie oder unrealistisch stimmige Szenen können auf künstliche Erzeugung hindeuten. Allerdings werden KI-Bilder immer besser. Deshalb sollte man sich nicht allein auf den optischen Eindruck verlassen. Bei Videos



Foto: MIT KI erstellt

kommen weitere Anzeichen hinzu. Lippenbewegungen können nicht exakt zur Stimme passen, Mimik wirkt steif oder Übergänge im Gesicht erscheinen unnatürlich. Besonders vorsichtig sollte man bei angeblichen Aussagen bekannter Personen sein, wenn sie sehr überraschend, emotional oder skandalös wirken.

Entscheidend ist außerdem die Quelle.

Wer hat den Inhalt veröffentlicht? Gibt es ein Impressum, eine nachvollziehbare Herkunft oder weitere seriöse Berichte dazu? Unbekannte Accounts, reißerische Überschriften und fehlende Belege sind Warnsignale. Bei Bildern hilft oft eine Rückwärtssuche, um die ursprüngliche Herkunft zu prüfen.

Auch KI-Texte sind nicht immer sicher zu erkennen. Hinweise

können allgemeine Formulierungen, Wiederholungen oder fehlende konkrete Beispiele sein. Verlässlich ist das aber nicht. Deshalb gilt: Fakten prüfen, Quellen vergleichen und nicht nur einer einzelnen Veröffentlichung vertrauen.

KI-Detektoren können helfen, liefern aber keine endgültige Sicherheit. Entscheidend ist das Gesamtbild aus Inhalt, Quelle, Kontext und Details.

STARKE PASSWÖRTER IM ALLTAG

Mit wenigen Regeln lassen sich Online-Konten wirksam vor Missbrauch schützen

Wer seine Konten besser schützt, braucht keine komplizierte Technik. Oft helfen schon lange Passwörter und ein zweiter Sicherheitscheck.

Viele Menschen nutzen für mehrere Online-Konten dasselbe Passwort. Das ist riskant. Wird ein Passwort bei einem Anbieter gestohlen, können Kriminelle es auch bei anderen Diensten ausprobieren. Besonders gefährdet sind E-Mail-Konten, Online-Banking, soziale Netzwerke und Kundenkonten bei Shops.

Ein starkes Passwort sollte vor allem lang sein. Besser als ein kurzes, kompliziertes

Passwort ist oft ein langer Satz, den man sich gut merken kann. Zum Beispiel: MeinHundTrinkt2026GernKaffee!.

Noch besser ist es, für jedes Konto ein eigenes Passwort zu verwenden. Dabei hilft ein Passwortmanager. Er speichert Passwörter sicher ab und erstellt auf Wunsch sehr starke Zufallspasswörter. Man muss sich dann nur noch ein besonders gutes Hauptpasswort merken. Dieses sollte nirgendwo sonst verwendet werden.

Zusätzlich sollte die Zwei-Faktor-Authentifizierung aktiviert werden. Dabei reicht das Passwort allein nicht

mehr aus. Beim Einloggen wird ein zweiter Nachweis verlangt, zum Beispiel ein Code aus einer App, eine Bestätigung auf dem Smartphone oder ein Sicherheitsschlüssel. Selbst wenn ein Passwort gestohlen wird, bleibt das Konto so deutlich besser geschützt.

Wichtig ist: Codes per SMS sind besser als gar kein zweiter Schutz, aber Apps wie Authenticator-Anwendungen oder Sicherheitsschlüssel gelten als sicherer. Viele Dienste bieten diese Funktion in den Einstellungen unter Begriffen wie „Sicherheit“, „Anmeldung“ oder „Zwei-Faktor-Authentifizierung“ an.

Wer seine Konten schützen will, sollte daher drei einfache Regeln beachten: Für jedes Konto ein eigenes Passwort nutzen, möglichst lange Passwörter verwenden und überall dort Zwei-Faktor-Schutz einschalten, wo es möglich ist. So wird digitale Sicherheit im Alltag deutlich einfacher.

Der Einstieg muss nicht perfekt sein. Wer heute damit beginnt, zumindest das E-Mail-Konto und das Online-Banking abzusichern, hat bereits den wichtigsten Schritt getan. Denn gerade diese Konten sind das Einfallstor für viele weitere Angriffe.

ENKELTRICK 2.0

Wie man bei unbekanntem Nummern einen kühlen Kopf bewahrt

Betrüger werden immer erfinderischer. Was früher als Telefonanruf begann, findet heute zunehmend über WhatsApp statt. Die Masche ist dieselbe, das Medium hat gewechselt. Besonders ältere Menschen geraten ins Visier, doch grundsätzlich kann es jeden treffen.

Eine besonders tückische Betrugsmasche verbreitet sich derzeit über WhatsApp. Betrüger schreiben unter einer unbekanntem Nummer und geben sich als Kinder oder Enkel aus. Typische Einstiegsnachrichten lauten: „Hallo Mama, mein Handy ist kaputt. Das ist meine neue Nummer. Kannst du mich speichern?“ Ist erst einmal Vertrauen aufgebaut, folgt die Bitte um eine dringende Geldüberweisung.

Als Begründung werden oft Notfallsituationen genannt, etwa ein Unfall, eine offene Rechnung oder ein kurzfristiger Engpass.

Durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz können mittlerweile sogar Sprachnachrichten täuschend echt gefälscht werden. Betrüger nutzen dabei öffentlich verfügbare Tonaufnahmen, um die Stimme von Angehörigen zu imitieren. Das macht die Masche deutlich gefährlicher als früher, weil selbst ein vertrauter Klang kein verlässliches Erkennungsmerkmal mehr ist.

Wer eine solche Nachricht erhält, sollte nicht sofort reagieren. Der wichtigste Schritt ist, die betreffende Person über ihre bekannte alte Nummer direkt anzurufen und nachzufragen. Auch ein

zuvor mit Angehörigen vereinbartes Codewort kann im Ernstfall helfen, Betrüger schnell zu entlarven. Niemals sollte man unter Druck Geld überweisen, Wertsachen übergeben oder persönliche Daten preisgeben.

Wer Opfer einer solchen Masche geworden ist, sollte umgehend die eigene Bank kontaktieren, um eine Überweisung noch zu stoppen. Anschließend sollte Anzeige bei der Polizei erstattet werden. Je schneller gehandelt wird, desto größer ist die Chance, das Geld zurückzubekommen.

Bei Unsicherheiten hilft auch ein Anruf bei der lokalen Polizeidienststelle. Im Zweifel gilt: lieber einmal zu viel nachfragen als einmal zu wenig.

CYBERMOBBING

Was Eltern wissen müssen

Beleidigungen, Bloßstellungen oder Gerüchte in den sozialen Netzwerken von Meta und Google können Jugendliche stark belasten.

Laut der Barmer Jugendstudie 2024/25 hat bereits jeder fünfte Jugendliche in Deutschland Erfahrungen mit Cybermobbing gemacht. Die häufigsten Schauplätze sind WhatsApp, Instagram und TikTok. Was viele unterschätzen: Cybermobbing hört nicht auf, wenn das Kind nach Hause kommt. Es folgt den Betroffenen rund um die Uhr bis ins Kinderzimmer.

Warnzeichen sind Rückzug, Schlafprobleme oder Angst vor dem Smartphone. Eltern sollten hier das Gespräch suchen, Vorfälle dokumentieren

und keine Schuldzuweisungen machen. Beleidigende Inhalte sollten gemeldet und notfalls Schule oder Polizei eingeschaltet werden. In schweren Fällen ist Cybermobbing eine Straftat. Jugendliche brauchen vor allem das Gefühl, nicht allein zu sein.

Prävention beginnt früh. Eltern können helfen, indem sie sich ehrlich für das Online-Leben ihrer Kinder interessieren und gemeinsam klare Regeln für die Nutzung sozialer Netzwerke vereinbaren. Wer offen über das Thema spricht, schafft Vertrauen – und macht es leichter, im Ernstfall um Hilfe zu bitten. Kostenlose Beratung gibt es jederzeit bei der Nummer gegen Kummer: 116 111.

TERMINE & RÄTSEL

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

SPD IM GESPRÄCH

**Zukunft unserer Energieversorgung:
realistisch, resilient, regional**

Di., 10. November | 19 Uhr
Bürgerhaus Glienicke/Nordbahn





Dr. Benjamin Grimm
Landtagsabgeordneter

Andreas Kannengießer
Oberhavelkraft eG

Hendrik Fischer
Staatssekretär Landeswirtschaftsministerium

Die Energieversorgung ist eine der aktuellsten und strategisch wichtigsten Fragen für die zukünftige Entwicklung Deutschlands. Art und Umfang von Energieimporten, Ausbau eigener Infrastruktur, langfristige Planbarkeit und Energiepreise sind dabei nur einige Aspekte.

Viele Menschen fragen sich: Wie kann unsere Energieversorgung sicherer, unabhängiger und nachhaltiger werden und zugleich bezahlbar bleiben? Gibt es eine gemeinsame politische Strategie? Welche Zahlen und Fakten stimmen wirklich? Und wer vertritt welche Interessen?

Diesen Fragen widmet sich eine öffentliche Informations- und

Diskussionsveranstaltung, zu der der Landtagsabgeordnete Dr. Benjamin Grimm gemeinsam mit dem SPD-Ortsverein Glienicke/Nordbahn einlädt. Neben einer allgemeinen Einordnung der aktuellen Energiepolitik auf Bundesebene geht es auch um konkrete Entwicklungen und Strategien im Land Brandenburg – häufig beschrieben als „Brandenburger Weg“. Darüber hinaus soll diskutiert werden, welchen Beitrag Regionen, Kommunen und nicht zuletzt jede und jeder Einzelne im Rahmen dieses Transformationsprozesses leisten kann.

Als Gesprächspartner im Podium:

- Hendrik Fischer, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium

- Dr. Benjamin Grimm, Mitglied des Landtages
- Andreas Kannengießer, Vorstand der Oberhavelkraft eG

Moderiert wird die Veranstaltung von der Co-Vorsitzenden der SPD Glienicke, Susanne Kübler. Gäste haben die Möglichkeit, Fragen zu stellen und mit den Referenten ins Gespräch zu kommen.

Die Veranstaltung findet am Dienstag, den 10. November um 19 Uhr im Bürgerhaus Glienicke, Moskauer Straße 20 statt. Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

03.07.26, 17 Uhr, Dorfplatz in Schildow:
Bürgersprechstunde des Landtagsabgeordneten Dr. Benjamin Grimm

09.07.26, 16-19 Uhr, Mühlenseeschänke, Liebenwalde:

„Bratwurst mit Björn“ - Der Landtagsabgeordnete Björn Lüttmann und der SPD Ortsverein Oranienburg-Liebenwalde laden ein zur Sommeraktion. Es gibt kostenlos Bratwurst, solange der Vorrat reicht. Einfach vorbeikommen, keine Anmeldung nötig.

21.07.2026, 17 Uhr, TolOra-Gelände, Oranienburg:

„Pizza & Politik“ - Die Jusos Oberhavel, Oranienburgs Bürgermeisterin Jennifer Collin-Feeder und der Landtagsabgeordnete Björn Lüttmann laden Jugendliche zum Austausch und kostenfreier Pizza ein.

13.10.26, 18 Uhr, Gemeindehaus Bötzow:

Gesprächsrunde der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema häusliche Gewalt. Mit dabei: Weißer Ring Brandenburg, Gewerkschaft der Polizei Brandenburg, Justizminister Dr. Grimm, Ines Seiler, MdL, Andreas Noack, MdL

IMPRESSUM

Der Havelblick
Zeitung der SPD Oberhavel

SPD Regionalzentrum Nordwest
Postfach 100 102
16535 Hohen Neuendorf

Tel.: 03301 702200
Mail: havelblick@spd-ohv.de

Chefredaktion:
Benjamin Grimm (V.i.S.d.P.)

Grafik und Satz:
Sören Gruner

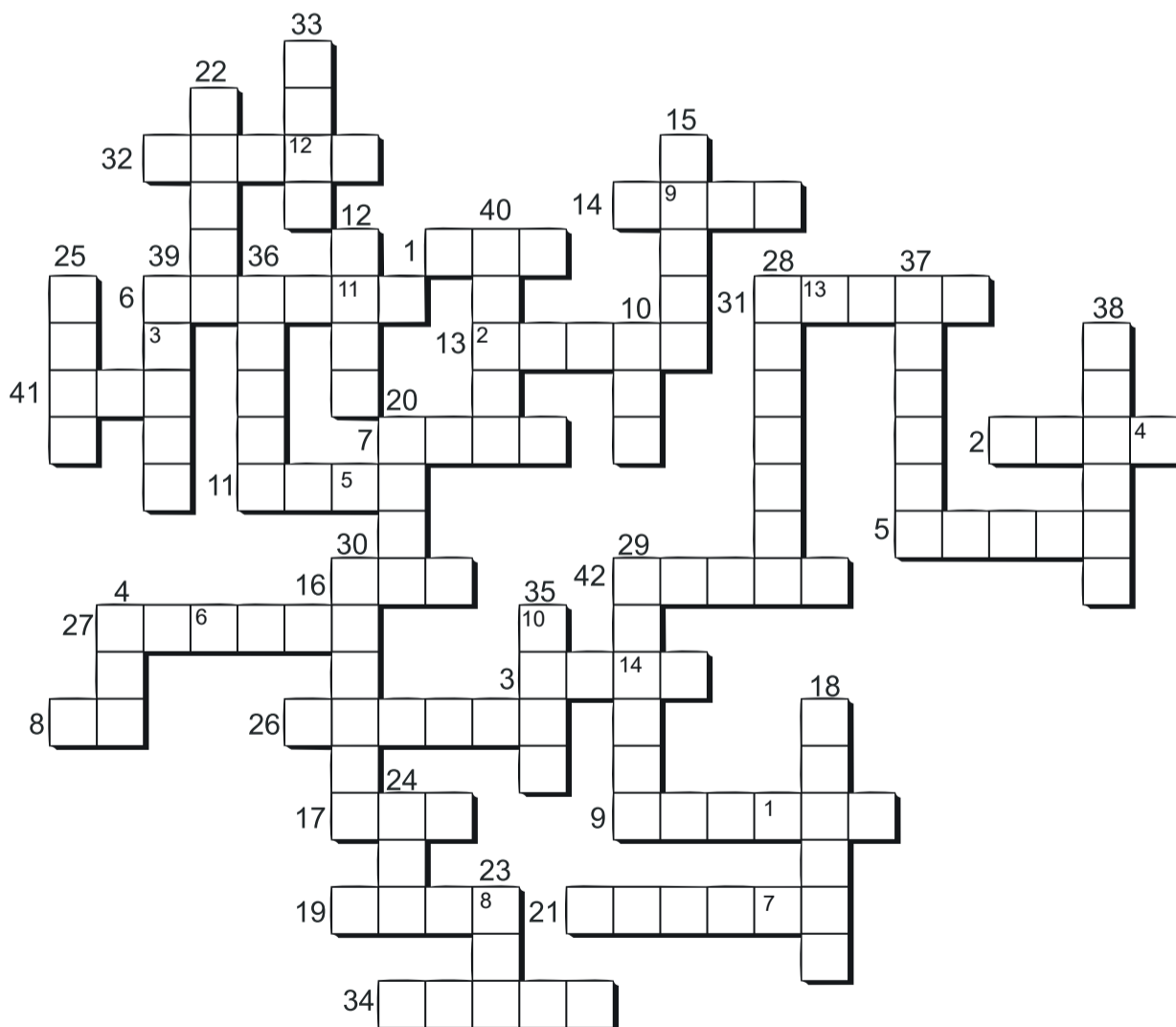
Redaktion:
Benjamin Grimm, Sören Gruner,
Marei John-Ohnesorg, Susanne
Kübler

Rätselerstellung:
Marei John-Ohnesorg

Druck
WIRmachenDRUCK GmbH
Illerstraße 15
71522 Backnang

Auflage: 35.000
Erscheinung: halbjährlich

DAS HAVELBLICK GEWINNSPIEL



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

JETZT MITMACHEN UND GEWINNEN:

Lösungswort: Davon wünschen wir Ihnen möglichst viele in Ihrem Leben.

Bitte schicken Sie das Lösungswort bis zum 31.10.2026 auf einer Postkarte oder per Mail an:

SPD OBERHADEL
Postfach 100 102
16535 Hohen Neuendorf

oder per Mail an:

havelblick@spd-ohv.de

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir dreimal zwei Freikarten für einen Wellnessstag im Turm Oranienburg.

WAAGERECHT

- Hier leben wir, hier ist unser Zuhause (Abkürzung)
- Neues Zentrum für Kultur, Musik und Wissen
- Vorname des Landrats (Kurzform)
- Fluss, der den Landkreis durchzieht
- Bei Kacheln, Keramik und Bernsteinsee sind wir in welcher Stadt?
- Wärmequelle, der in Velten ein Museum gewidmet ist
- Gedenkstätte in Sachsenhausen (Abkürzung)
- Werkstoff, der früher in vielen Orten Oberhavel produziert wurde
- Tier im Tierpark Germendorf, hier in der urzeitlichen Variante
- Preußische Königin, mit einem Denkmal in Gransee
- Sportart, die im Hohen Neuendorfer Ortsteil Stolpe gespielt wird
- Kurzform für regionale Zeitung in Oberhavel
- Beliebtes Fahrzeug, um die Region zu erkunden
- Beliebtes Ausflugsziel in Oranienburg zum Schwimmen und Saunieren
- Beliebtes Ausflugsziel bei Borgsdorf
- Traditionsreiches internationales Familienunternehmen im Bereich Folien
- Bekanntes Unternehmen in Oberhavel mit japanischen Wurzeln
- Material eines klassischen Industrieunternehmens in Hennigsdorf
- Fliegendes Tier im Beinamen der Stadt Hohen Neuendorf
- Rot ist das Tier neben der Eiche im Oranienburger Wappen
- Beim größten Sportverein in Glienicke geht es vor allem um Fußball (Abkürzung)
- Wappentier der Gemeinde Leegebruch

SENKRECHT

- Trainingszentrum für den Katastrophenschutz in Oranienburg
- Parteizugehörigkeit des Landrats
- Dorf am Stechlinsee
- Französisches Spiel, zu dem in den S-Bahn-Gemeinden Turniere ausgerichtet werden
- Typische Baumart im Land Brandenburg
- Name des KI-Chatbots auf oberhavel.de
- Dieser schlanke Baum gibt einer Gemeinde Oberhavel ihren Namen
- Diese regionale Bank spendet regelmäßig an lokale Projekte
- Entsorgungsunternehmen vom Landkreis
- Ein eingängigeres Wort für die Doppelzugklappbrücke in Zehdenick
- Zughersteller in Hennigsdorf
- Bekannte Bäckerei aus Oberhavel
- Nachname eines bekannten Hennigsdorfers, nach dem eine Bildungseinrichtung benannt ist
- Ein Adler krallt sich an ihr fest im Kremmener Stadtwappen
- In diesen kleinsten Ortsteil fährt die Buslinie 804 ab Oranienburg
- Baum im Wappen der Gemeinde Liebenwalde
- Fußball, Drachenboote, Theater verbindet Liebenwalde mit seiner Partnerstadt
- Beliebtes Hobby von ca. 5.700 Vereinsmitgliedern in Oberhavel
- Seit 2020 holländische Partnerstadt der Stadt Oranienburg
- Jüngster hauptamtlicher Bürgermeister Deutschlands von 2022-2024 in Zehdenick